







# Was brauchen wir, um sicher zu sein?

Auf Katastrophenschutz und internationale Einsätze des Bundesheeres könnten sich alle Parteien einigen – für eine Erhöhung des Heeresbudgets gäbe es eine Mehrheit, auf die konkrete Höhe wollen sich aber nicht alle festlegen. Und das verfassungsmäßig vorgeschriebene Milizsystem wird von den Parteien völlig unterschiedlich interpretiert, ebenso die künftige Ausgestaltung der Luftraumüberwachung.

BESTANDSAUFNAHME: Conrad Seidl

	1.	2.	3.	4.
 <p><b>ÖVP</b> Sebastian Kurz</p>	<p>Das Heeresbudget beträgt derzeit 0,57 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wie hoch soll der Anteil 2024 sein?</p>	<p>Österreich stellt derzeit 1000 Mann für Friedenseinsätze. Sollen diese Einsätze gleich bleiben, mehr oder weniger werden?</p>	<p>Die Bundesverfassung sieht ein Milizheer vor. Sollen wieder alle Soldaten zu Übungen einrücken müssen?</p>	<p>Sollen Eurofighter und Saab 105 ersetzt werden, oder soll nur ein bewaffnetes Trainingsflugzeug nachbeschafft werden?</p>
 <p><b>SPÖ</b> Pamela Rendi-Wagner</p>	<p>Wir haben in einem vom Nationalrat beschlossenen Entschließungsantrag die Regierung aufgefordert, im Jahr 2021 mindestens drei Milliarden Euro für das Heer vorzusehen. Große Beschaffungsvorhaben sind durch Investitionspakete zusätzlich zum Regelbudget abzudecken.</p>	<p>Die gültige Sicherheitsstrategie, an der sich das ÖBH zu orientieren hat, geht davon aus, dass lagebedingt die Entscheidung von mindestens 1100 Soldatinnen und Soldaten als Dauerleistung für Auslandseinsätze vorzusehen ist. Daran ist festzuhalten.</p>	<p>Das Milizsystem hat nicht nur mit verpflichtenden Übungen zu tun. Vielmehr geht es um Attraktivierung. Dabei ist die Notwendigkeit von Milizübungen sichtbar zu machen. Denkbar wären Anreize für Unternehmen, die Milizsoldaten beschäftigen, ebenso für jene, die in der Miliz aktiv sind.</p>	<p>Über die möglichen künftigen Optionen wurde das Parlament nicht informiert – wie, womit oder mit wem die Luftraumüberwachung der Zukunft ausschauen wird, ist daher seriöserweise nicht zu beantworten. Hier geht es um die Sicherheit unseres Landes.</p>
 <p><b>FPÖ</b> Norbert Hofer</p>	<p>Wir haben einen Antrag für ein Budget von drei Milliarden für das Bundesheer im Jahr 2021 mitbeschlossen. Der Generalstab-Broschüre ist für 2024 ein Budget von 3,5 Milliarden und zusätzlich ein Sonderbudget Luftraumüberwachung zu entnehmen. So hoch soll das Budget sein.</p>	<p>Dies muss je nach Bedarf lage- und budgetbedingt beurteilt werden. Auf jeden Fall soll Österreich sich weiterhin bei internationalen Friedenseinsätzen beteiligen.</p>	<p>Dies wäre wünschenswert.</p>	<p>Die Luftraumüberwachung sollte künftig weiter sichergestellt werden. Welche Beschaffungen notwendig sind, muss die nächste Bundesregierung überlegen.</p>
 <p><b>Neos</b> Beate Meinl-Reisinger</p>	<p>Mit dem gegenwärtigen Budget ist es nicht möglich, die Aufgaben des Bundesheeres zu erfüllen und sich auf komplexer werdende Anforderungen im Sicherheitsbereich vorzubereiten. Wir setzen uns für eine stufenweise Erhöhung des Bundesheerbudgets auf ein Prozent des BIPs ein.</p>	<p>Das Bundesheer hat aufgrund der angespannten Budgetsituation große Personalprobleme. Österreich hat sich bei Auslandseinsätzen einen guten Ruf erarbeitet. Wir setzen uns zumindest für den Erhalt und womöglich für ein verstärktes Engagement bei internationalen Friedenseinsätzen ein.</p>	<p>Wir setzen uns für die Abschaffung der Wehrpflicht und ein ausreichend finanziertes Berufsheer ein.</p>	<p>Den Schlussfolgerungen verschiedener Experten zufolge ist es möglich, die österreichische Luftraumsicherung mit nur einem System zu garantieren. Wir setzen uns dafür ein, dass so bald wie möglich eine Entscheidung getroffen wird und das Parlament in diese eingebunden wird.</p>
 <p><b>Liste Jetzt</b> Peter Pilz</p>	<p>Wir wollen, dass das Bundesheerbudget umverteilt statt erhöht wird. Wir benötigen Helikopter statt Eurofighter etc. Die Reform der sinnlosen Wehrpflicht fand nicht statt. Wir wollen ein Heer für internationale Friedenseinsätze und Katastrophenhilfe, aber nicht für polizeiliche Aufgaben.</p>	<p>Die Zahl der Einsätze sollte in nächster Zeit gleich bleiben. Bei der Umverteilung der finanziellen Mittel des Bundesheeres könnte auch über eine Ausweitung der Friedenseinsätze diskutiert werden.</p>	<p>Nein. Wir setzen uns für eine Reform der Wehrpflicht ein.</p>	<p>Die Republik wurde beim Eurofighter-Deal um Milliarden betrogen. Wir fordern, dass die Republik für den Milliarden Schaden entschädigt wird. Danach soll eine flugtaugliche, effiziente und langfristige Luftraumüberwachung angeschafft werden – ohne Korruption.</p>
 <p><b>Grüne</b> Werner Kogler</p>	<p>Wir treten für eine Aufgabenreduktion des Bundesheeres auf Katastrophen- und internationale Friedenseinsätze ein. Dafür braucht es keine Erhöhung des Wehrbudgets, sondern eine Umstrukturierung des Bundesheeres.</p>	<p>Internationale friedenserhaltende Einsätze sind die stärksten Garanten der Sicherheit Österreichs. Sie sollten keinesfalls reduziert werden.</p>	<p>Es ist klar, dass die Bestimmungen der Bundesverfassung einzuhalten oder eben zu ändern sind. Wir schlagen die Schaffung einer professionellen, aus einer Freiwilligenmiliz rekrutierten Einsatzgruppe zur Erfüllung internationaler Aufgaben und des Katastrophenschutzes vor.</p>	<p>Nach Ablauf des Eurofighter-Systems sind Möglichkeiten denkbar (und sinnvoll), den verfassungsmäßigen Auftrag des Bundesheeres auch ohne neue Kampfflugszeuge zu erfüllen.</p>